

gerechnet werden mußte, daß einzelne Mitglieder erst mit den Mittagsszügen eintreffen würden, war die Hauptversammlung erst auf 1 Uhr mittags gelegt, und vorher war ein Spaziergang nach Böslershöhe angefügt worden. Die Mühen des anfänglich sonnigen Weges an der Weichsel entlang wurden in Böslershöhe durch den wunderbaren Blick auf die tief unten liegende Weichsel und die dahinter liegende fruchtbare Ebene entschädigt; als wir dann jedoch auf die Berge stiegen und vor uns das weite Weichseltal mit dem mächtigen, breiten, schwermütigen Strom lag, blieben alle Blicke von diesem wunderbaren Bilde gebannt. Tief unten war die Stadt Graudenz wie ein Spielzeug hingestellt, dahinter erhoben sich die Mauern und Wälle der alten unbefestigten Festung Courbière, genannt nach seinem Verteidiger, dem greisen General Courbière, der das stolze, selbstbewußte Wort sprach, als er 1807 nach dem Zusammenbruch Preußens von dem französischen General Sabary zur Übergabe der Festung aufgefordert wurde, weil es kein Preußen und keinen preußischen König mehr gäbe: »Wenn es keinen König von Preußen mehr gibt, dann gibt es noch einen König von Graudenz.« Der Festung Courbière gegenüber grüßten aus der Ferne die Türme der alten Ordensstadt Neuenburg, und wenn man den Blick nach der anderen Seite stromaufwärts wandte, sah man die alte Ordensstadt Kulm liegen. Die Straßenbahn führte uns dann nach dem Hotel goldener Löwe, wo nach einem kurzen Frühstück um 1 Uhr die Hauptversammlung begann.

*

Der 1. Vorsitzende, Herr Friedte, Graudenz, erstattete als 1. Punkt der Tagesordnung den Jahresbericht. Er wies darauf hin, daß die Buchhändler in Polen, die mit deutschen Büchern handeln, im vorigen Jahre noch zuberichtlich waren, weil sie hofften, daß der Börsenverein und das Reichswirtschaftsministerium die beschlossenen Steuerzuschläge schützen würden. Leider sind diese Hoffnungen zunichte geworden. Auf unsere ausführliche Begründung, daß nur durch den Schutz der Steuerzuschläge der Buchhändler in Polen existieren könnte, erhielten wir vom Reichswirtschaftsministerium eine Antwort, die wir seit der Besetzung von vielen Seiten zum Überdruß gehört haben und über die wir heute nur noch als Phrase achselzuckend hinweggehen: »Die Nöte und die wirtschaftliche Zwangslage der deutschen Buchhändler in den abgetretenen Gebieten werden voll gewürdigt, aber usw.« Mit dieser Ablehnung wird natürlich den gewissenlosen Schleuderern Tür und Tor geöffnet, diesen »Kulturträgern«, denen das Geschäft über jede Kultur geht, und die über uns dumme Auslandsdeutsche hohnlächelnd den Kopf schütteln, die wir auf der Heimatscholle auf verlorenem Posten ausharren, während die Sinnesgenossen dieser Schleuderer längst die alte Heimat verlassen haben und jetzt geborgen in Deutschland sich womöglich an der Unterbietung bei Lieferungen nach Polen beteiligen. Die Begründung, daß das deutsche Buch durch den Steuerzuschlag nicht genügend verbreitet würde, zeigt die vollständige Unkenntnis der hiesigen geschäftlichen Lage auf dem Büchermarkt. Diese Schleuderfirmen liefern das bestellte wissenschaftliche oder technische Buch wohl billiger; diese Bücher müssen für alle Fälle bezogen werden, auch wenn sie teurer sind, der Buchhändler jedoch, der von dem Vertrieb der deutschen Bücher leben will, kann nicht nur von diesen Bestellungen bestehen, er muß ein Bücherlager aus allen Literaturzweigen unterhalten und umsetzen, und nur er kann zur Verbreitung des deutschen Buches beitragen. Daß der Steuerzuschlag so niedrig wie nur möglich angefügt werden muß, ist für uns eine zwingende Notwendigkeit, um die Verbreitung des deutschen Buches nach Möglichkeit zu fördern, und um auch der großen Konkurrenz von Danzig zu begegnen, das in den Verkehrsbedingungen, Zoll- und Zensurbehandlung günstiger gestellt ist als wir in den abgetretenen Gebieten. Auf der anderen Seite muß die Verdienstspanne so groß sein, daß eine Existenzmöglichkeit geschaffen wird. Die Herren, die dergleichen Verordnungen erlassen, sollten nur ein Jahr eine deutsche Buchhandlung in den abgetretenen Gebieten betreiben und davon leben müssen; sie würden dann einsehen, welche falsche Auffassung sie von der hiesigen wirtschaftlichen Lage gehabt haben, wie sie dazu beigetragen haben, daß immer mehr deutsche Buchhändler

gezwungen werden, auszuwandern. Hoffentlich bringt uns die neue Wirtschaftsordnung auch den durchaus notwendigen Schutz.

Eine weitere außerordentliche Belastung des Unkostenkontos entstand durch die Bestimmung, daß auch nach den abgetretenen Gebieten Auslandporto verwendet werden muß. Dabei geschieht es leider sehr oft, daß bei diesen Auslandsendungen auf den Rechnungen sehr viel höhere Portokosten angefügt werden, als tatsächlich entstanden sind, die Differenz beträgt hierbei öfters 10.— bis 15.— Mark. Dann berücksichtigen viele Verleger noch immer nicht die hiesigen schwierigen Wirtschaftsverhältnisse und senden oft schon Mahnungen, wenn die Sendung noch gar nicht eingetroffen ist, denn manche Sendungen sind monatelang unterwegs. Das hohe Porto für diese Mahngebühren wird uns auch in Rechnung gesetzt. Es läßt sich auch nicht durchführen, daß diese Sendungen bezahlt werden, bevor sie eingetroffen sind, denn über alle Sendungen muß eine genaue Kontrolle geübt werden, da bei den Zensur- und Zollbehörden Sendungen verlorengehen. Es kommt aber leider auch oft vor, daß noch immer versucht wird, direkte Postpaketsendungen zu machen, die dann zurückgehen; trotzdem wird der Betrag durch Barfaktur über Leipzig erhoben. Diese Mißstände sind in öffentlichen Erklärungen und in privaten Zuschriften sehr oft gerügt worden, leider mit sehr wenig Erfolg. Manche Unkosten (ein Brief nach Deutschland kostet jetzt 100.— M.) und mancher Ärger würden erspart werden, wenn die Verleger und ihre Angestellten die vollständig veränderten Wirtschaftsverhältnisse beachten würden. Wir hoffen, daß dieser Hinweis die gerügten Übelstände abstellen wird, wenn die Verleger ihre Angestellten ausdrücklich darauf aufmerksam machen. Die weiteren außerordentlichen Belastungen durch die Danina-(Vermögens-)Abgabe, durch das neue Gewerbesteuer-gesetz, durch das Angestellten-Urlaubsgesetz (jeder Angestellte muß nach einem halben Jahr 2 Wochen, nach einem Jahre einen Monat Urlaub erhalten; Zuwiderhandelnde erhalten 50 000.— M. Geldstrafe oder Arreststrafe bis zu einem Monat) werden eine Erhöhung der Steuerzuschläge herbeiführen müssen. Unsere Eingaben an die Behörden, wirtschaftliche Härten bei Handhabung der Zensur und bei der großen Zollbelastung gebundener Bücher zu mildern, sind leider ohne Erfolg geblieben. Es müßte vor allen Dingen dahin gestrebt werden, daß die abgetretenen Gebiete mit dem Freistaat Danzig in der Zollbehandlung gleichgestellt werden.

Ein Zusammenschluß mit den Kollegen in Danzig und Oberschlesien soll versucht werden. Wenn diese Kollegen durch die Beibehaltung der deutschen Valuta wirtschaftlich auch besser gestellt sind, so haben sie doch dieselbe wirtschaftliche Not wie wir, und diese Not wird uns auch zusammenführen.

Die schweren wirtschaftlichen Beschränkungen würden bedeutend erleichtert werden, wenn zwischen Polen und Deutschland ein Wirtschaftsvertrag endlich zustande käme. Es würde dann auch der Postpaketverkehr zwischen beiden Staaten eingerichtet werden, wodurch das Spesenkonto sehr entlastet werden würde.

Die Einrichtung eines Kontos bei der sehr gut geleiteten Postsparkasse wurde empfohlen, da dadurch der Geldverkehr vereinfacht und verbilligt wird.

Zum Schluß empfahl der Vorsitzende, den Verband weiter auszubauen und hierfür die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Durch einen engeren Zusammenschluß könnten sich die Kollegen gegenseitig helfen und stützen, und dadurch wird es ihnen möglich sein, in der alten Heimat auszuhalten und in der Berufsarbeit die Existenz zu finden und als Kulturfaktor mitzuwirken. Hilfe jeder dazu, damit ihm einmal nicht der Vorwurf gemacht wird, daß er für seinen Beruf und für die Allgemeinheit seine Pflicht nicht getan habe.

*

Den Kassenbericht erstattete Herr Schmidt, Bromberg; nach seinem Vorschlage wurde beschlossen, den Beitrag auf 1000.— M. jährlich bis zu einem Angestellten und auf je 100.— M. für jeden weiteren Angestellten zu erhöhen und eine Umlage von je 1000.— M. zu machen. Um die Verbandsmitglieder noch mehr als bisher zusammenzuschließen, und um das Interesse an unseren Bestrebungen zu fördern, hatte der stellver-